

Frenemies

Warum wir intersektionale Solidarität brauchen



Sina Arnold | Foto: Ruthe Zuntz

Im Herbst vor einem Jahr erschien der Sammelband **Frenemies**. Diese Wortschöpfung aus „Friends“ und „Enemies“ bezieht sich im Kontext der Publikation auf Kritiker*innen von Rassismus und Antisemitismus. Der Band sucht in über 50 kurzen Texten Antworten auf die Frage, warum Gegner*innen dieser verbrecherischen Ideologien oft selbst miteinander in Streit geraten. Jessica Beer sprach mit der Mitherausgeberin **Sina Arnold** über die konfliktreiche Entstehungsgeschichte von **Frenemies** sowie über die dringende politische Notwendigkeit, sich auf das Gemeinsame zu konzentrieren, statt Unterschiede in den Vordergrund zu stellen.

Die gemeinsame Einleitung der Herausgeber*innen von „Frenemies“ nennt sich „Warum dieses Buch ein Fehler war“. Darin liegt schon der gesamte unauflösbare Widerspruch der Allianzarbeit, insbesondere an den sensiblen Bruchlinien des Diskurses. Ja, Allianzarbeit muss sein. Und nein, sie wird nie imstande sein, diese Bruchlinien zu überwinden oder

gar zu versöhnen. Wenn – und das ist nicht selbstverständlich, wie aus dem Vorwort ebenfalls deutlich wird – Vertreter*innen unterschiedlicher Positionen bereit sind, in demselben Band zu publizieren bzw. auf dem selben Diskussionspodium zu sitzen, ist schon viel erreicht. Könnten Sie die Geschichte des Buchs vielleicht noch einmal kurz für uns skizzieren? Und

war dieses Buch nun, mit dem Abstand von fast einem Jahr, ein Fehler? Oder vielleicht ein unvermeidbarer Fehler?

Sina Arnold: Wir drei Herausgeber*innen wirken seit Langem in unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern: an der Universität als Lehrende und Forschende, im Kulturbereich, in der historisch-politischen Bildungsarbeit und dem politischen Aktivismus. In all

diesen Feldern haben wir in den letzten Jahren eine ähnliche Dynamik beobachtet. Nämlich das Auseinanderdriften der Arbeit zu – beziehungsweise gegen – Antisemitismus und Rassismus. Die Forschung, der Aktivismus und die kulturelle Arbeit finden teilweise in ganz getrennten Sphären statt. Und nicht nur das: Oft genug gibt es handfeste Feindseligkeiten zwischen den beiden Camps. Das hat bei uns immer wieder Erstaunen und auch Bedauern ausgelöst, denn immerhin gibt es ja – nicht zuletzt angesichts der Wahlerfolge der AfD und dem Erstarren des Rechtsextremismus – genug Gründe, Analysen und Kämpfe gemeinsam zu führen.

Wir wollten mit dem Sammelband, in dem immerhin mehr als fünfzig Autor*innen aus der Antisemitismus- und Rassismuskritik vertreten sind, einen Raum schaffen, in dem diese kontroversen Debatten abgebildet sind. Das Buch versammelt kurze Texte von Forscher*innen, Bildungspraktiker*innen und Aktivist*innen, die immer wiederkehrende Fragen auf eine zugängliche Art beleuchten, etwa: Ist Kritik an Israel antisemitisch? Ist Kritik am Islam rassistisch? Sind Juden und Jüdinnen weiß? Gibt es Verbindungen zwischen Nationalsozialismus und Kolonialismus? Ist Zionismus eine Form von Kolonialismus? Und wie definiert man überhaupt Antisemitismus? Das sollte als niedrigschwellige Einführung dienen, aber auch als Aufruf, mal über den Tellerrand des eigenen subkulturellen Milieus, der eigenen akademischen Disziplin oder des eigenen nationalen Bezugsrahmens zu blicken.

Für manche Beitragende war das allerdings ein Zuviel des Pluralismus. Nachdem kurz vor Drucklegung die Namen von zwei Autoren bekannt wurden, die einen Text zur Abwesenheit palästinensischer Perspektiven in der Debatte um die BDS-Bewegung – welche Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen gegenüber Israel fordert – verfasst hatten, zogen mehr als zehn Autor*innen ihre Texte zurück. Sie wollten ihre Namen nicht im gleichen Band mit einem Beitrag

sehen, der die BDS-Kampagne verteidigt. Dieser Text wäre neben zwei Beiträgen erschienen, die eindeutig Kritik an BDS artikulierten – was nebenbei auch unserer Meinung als Herausgeber*innen entspricht. Dennoch denken wir, dass man auch über dieses Thema, diese Kampagne streiten muss. Um das Projekt zu retten und die verbleibenden Autor*innen gegen Vorwürfe zu schützen, entschieden wir Herausgeber*innen uns wiederum, den strittigen Artikel doch nicht aufzunehmen. Das alles zog unweigerlich Vorwürfe sowohl der Antisemitismusverharmlosung wie auch des antipalästinensischen Rassismus nach sich. Vor allem auf sozialen Medien, aber teilweise auch im persönlichen und professionellen Umfeld. Zu dem Zeitpunkt dachte ich auf jeden Fall, dass wir dieses Projekt nie hätten angehen sollen.

Seit Erscheinen unseres Buches ist nun beinahe ein Jahr vergangen, und wir haben in der Zeit sehr viel positives Feedback bekommen. Viele Menschen nutzen den Band in ihrer politischen wie pädagogischen Arbeit, es sind Lese- und Diskussionsgruppen entstanden. Anscheinend gibt es also doch einen Bedarf, diese unterschiedlichen Analysen und Kämpfe zusammenzudenken.

Hinter uns liegen die Monate der Debatten rund um die Antisemitismus-Vorwürfe gegenüber der *documenta fifteen*, in die Sie ja selbst sehr involviert waren. Antisemitismus und (post)kolonialer Rassismus wurden in diesem Zusammenhang in Deutschland gegeneinander mit einer Heftigkeit wie nie zuvor diskutiert. Eine vermittelnde Position schien lange Zeit unmöglich. Der Entstehungsprozess von „Frenemies“ fiel ja zeitlich etwa mit den Debatten zusammen, die Entscheidung für den Band muss wohl um einiges früher gefallen sein. Daher meine Frage: Würden Sie den Band heute noch so herausgeben wollen oder auch können wie damals?

In der Tat, wir waren mitten in diesen Debatten mit dem Produktionsprozess beschäftigt. Aber die Diskussionen um die *documenta fifteen* waren ja geradezu symptomatisch für das, was wir mit dem Band ansprechen wollen. Auch da ging es um Antisemitismus-Vorwürfe und ihre reflexhafte Abwehr durch den Vorwurf des Rassismus. Es ging um das Verhältnis zwischen Kolonialismus und Holocaust, um Antisemitismus in progressiven Bewegungen und Rassismus im Kunstbetrieb. Zu all diesen Themen gibt es Aufsätze im Band. Insofern erfüllt unser Konzept meines Erachtens seinen Zweck weiterhin sehr gut. Wir hangeln uns in den letzten Jahren von Ereignis zu Ereignis – von den Debatten zum Historiker Achille Mbembe über den angeblichen „Historikerstreit 2.0“ um das Buch „Multidirektionale Erinnerung“ von Michael Rothberg bis hin zur *documenta fifteen* – und es wird sicherlich auch das nächste Ereignis kommen. Umso wichtiger ist es, immer mal wieder zurückzutreten und zu schauen, was eigentlich die wiederkehrenden Konfliktlinien sind.

Eine der Besonderheiten von „Frenemies“ ist, dass Aktivist*innen genauso zu Wort kommen wie Theoretiker*innen, Wissenschaftler*innen genauso wie Künstler*innen. Wo sehen Sie in diesem Zusammenhang die Bedeutung des Dialogs zwischen akademischen und aktivistischen Kreisen? Findet dieser ausreichend statt? Und wo sind Ihrer Meinung nach die Gräben tiefer oder die Positionen festgefahrener?

In den Themenfeldern Rassismus und Antisemitismus sind die Grenzen zwischen Akademie und Aktivismus durchlässiger als in anderen wissenschaftlichen Bereichen. Das ist einerseits richtig und wichtig, denn Forschung sollte meines Erachtens gesellschaftliche Veränderungen mit voranbringen, und sie sollte auch die Perspektiven und Expertise von Betroffenen mit einbeziehen.

Gleichzeitig besteht aber auch die Gefahr der extrem raschen Polarisierung und Moralisierung. Ich finde auffällig, dass die außerschulische historisch-politische Bildungsarbeit tatsächlich das Feld ist, wo das gemeinsame Behandeln von Themen mit der geringsten Polemik funktioniert. Die Gräben scheinen hier weniger tief zu sein. Vielleicht auch, weil hier schon lange mit Vergleichen und Bezugnahmen auf eigenes Erleben gearbeitet wird, weil in den Biografien von Kindern und Jugendlichen verschiedene Diskriminierungsdimensionen oft gemeinsam wirkmächtig werden, weil es weniger um Projektionen als um konkrete Erfahrungen geht.

„Multidirektionale Erinnerung“ versus „Holocaust als unvergleichbarer Zivilisationsbruch“ lauten, vereinfacht gesagt, die beiden Positionen, die sich scheinbar unversöhnlich gegenüberstehen. Wo ein gemeinsamer Kampf gegen Antisemitismus und Rassismus in unserer Gesellschaft stehen könnte, wird mit einer Heftigkeit debattiert, die stets nahelegt, dass es hier auch um konkrete politische Interessen geht. Wem nutzt der Konflikt schlussendlich? Wer profitiert politisch davon, nicht sowohl das Trauma des kolonialen Rassismus als auch das Trauma des Holocaust zuzulassen bzw. welche politischen Handlungsspielräume werden dadurch verkleinert, welche Bündnisse verhindert, und was bedeutet das für die politische Gegenwart in Deutschland?

Ich bin mir nicht sicher, ob es diese beiden Positionen wirklich so in Reinform gibt. Ich glaube, dass diese Polarisierung bereits ein Teil des Problems ist, denn sie verkennt, dass in der wissenschaftlichen Analyse wie auch in der historisch-politischen Bildungsarbeit meistens viel nuancierter gearbeitet wird als das auf 280 Twitter/X-Zeichen zusammen-



Foto: Mangler

Der Sammelband versucht, immer wiederkehrende Fragen auf eine zugängliche Art zu beleuchten: Ist Kritik an Israel antisemitisch? Ist Kritik am Islam rassistisch? Sind Juden und Jüdinnen weiß? Ist Zionismus eine Form von Kolonialismus? Und wie definiert man überhaupt Antisemitismus? Ein Aufruf, über den Tellerrand des eigenen subkulturellen Milieus, der eigenen akademischen Disziplin oder des eigenen nationalen Bezugsrahmens zu blicken.

gefasst wird. Kaum jemand in der Wissenschaft stellt doch in Abrede, dass der Holocaust als industrieller, zweckfreier Massenmord gewisse historische Alleinstellungsmerkmale hat. Um kaum jemand würde umgekehrt leugnen, dass Deutschland sich endlich seiner kolonialen Vergangenheit stellen muss und hier in Bezug auf Reparationszahlungen, Rückgabe und Erinnerungskultur einiges an Nachholbedarf hat.

Ich glaube auch nicht, dass tatsächlich jemand davon im eigentlichen Sinne politisch profitiert, das klingt mir zu intendiert. Wir befinden uns vielmehr in einer Zeit des erinnerungspolitischen Umbruchs: Die Erinnerungskultur an den Holocaust musste viele Jahrzehnte lang erkämpft werden und ist mittlerweile ein fester Teil der Berliner Republik, ja beinahe schon Grundlage für einen neuen, geläuterten Nationalismus – Max Czollek spricht in diesem

Zusammenhang von einem „Versöhnungstheater“. Gleichzeitig bestehen Erinnerungsabwehr und Antisemitismus in breiten Teilen der Bevölkerung fort, und es gibt erneute Angriffe gegenüber der Erinnerungskultur etwa durch die AfD. Natürlich macht es dann Sorge, wenn auch progressive Kreise Kritik an dieser Erinnerungskultur üben, wenn auch nicht mit der gleichen Intention. Ich glaube aber, dass ein „Mehr“ an Erinnerung an den Kolonialismus oder rassistische Verbrechen nicht notwendigerweise zu einem „Weniger“ der Erinnerung an den Holocaust führen muss.

Allianzenbildung in unserem Verständnis setzt voraus, dass nicht (nur) unterschiedliche Identitäten für politisches Handeln von Minderheiten bestimmend sind, sondern gemeinsame Diskriminierungserfahrungen. Haben diese Erfahrungen im Kontext von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus vielleicht gar nicht soviel gemeinsam? Oder ist das alles nur ein idealistisches Konzept wie auch Intersektionalität? Und wo kommt der unschöne Begriff der „Opferkonkurrenz“ ins Spiel? Wem nützt er?

Der Begriff der „Opferkonkurrenz“ lenkt den Blick in meiner Wahrnehmung zu sehr auf die marginalisierten Communitys, als wären diese unnachgiebige Streithähne. Stattdessen sollten wir über gesellschaftliche Rahmenbedingungen sprechen, die notwendigerweise auch immer von Mangel und dadurch von Konkurrenz geprägt sind. Abstrakt kann man tatsächlich sehr verschiedener historischer Ereignisse gedenken und sich mit vielen Erscheinungsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit befassen. Konkret sind Forschungsgelder für Rassismus- und Antisemitismusforschung, sind die Fördergelder für Programme der historisch-politischen Bildung begrenzt, wie auch jene für Denkmäler im öffentlichen Raum. Hier hilft nur ein gemeinsamer Einsatz, gerade in Zeiten der Kürzungen für die poli-

tische Bildung, wie sie aktuell die Ampelkoalition auch für den Bundeshaushalt 2024 vorsieht.

Es gibt aber dennoch durchaus viele Beispiele für Allianzen in Bezug auf Rassismus und Antisemitismus. Das fängt bei klassischen interreligiösen Projekten an und reicht bis zur praktischen Solidarität etwa nach den Anschlägen von Halle und Hanau. Allianzen funktionieren einfacher bei gemeinsamen Gegnern, etwa Rechtsextremisten, und werden schwieriger, wenn es auch um Kritik innerhalb der eigenen religiösen oder politischen Communitys geht; wenn man also etwa über antizionistischen Antisemitismus oder antimuslimischen Rassismus in sozialen Bewegungen sprechen müsste. Aber auch diese Art von Konfrontation und Selbstkritik ist notwendig.

Eine letzte Frage: Als wir im November 2022 unsere Tagung „Minoritäre Allianzen in Zeiten von Identitätspolitik“ organisiert haben, war „Frenemies“ in der Vorbereitung ein wichtiger Referenzrahmen für uns. Interessanterweise ist es uns problemlos gelungen, junge jüdische, muslimische und Roma-Aktivist*innen zu gemeinsamen Diskussionen einzuladen. Ein Podium mit Trans-Aktivist*innen und Feminist*innen konnten wir jedoch nicht zustande bringen. Lässt sich diese Erfahrung mit Ihrer vergleichen? Ist konstruktives Streiten heute überhaupt möglich?

Seit Erscheinen des Bandes hatten wir zahlreiche Buchvorstellungen an unterschiedlichen Orten in ganz Deutschland – von großen Podien auf der Frankfurter Buchmesse über Veranstaltungen mit Multiplikator*innen aus der deutsch-israelischen Begegnungsarbeit bis zu Lesungen in kleinen linken Buchläden oder informellen Treffen mit aktivistischen Gruppen. Da gab es auch viele kontroverse Diskussionen, aber es lief doch immer konstruktiv ab. Insofern denke ich mittlerweile

seltener, dass das Buch ein Fehler war. Es mag etwas oldschool klingen, aber sobald die Diskussionen die sozialen Medien verlassen und in reale Räume eintreten, und sobald Leute mit konkreten Anliegen zusammenkommen, funktioniert es mit dem Streit.

Klar ist, dass wir diesen Streit und diese Selbstkritik unbedingt brauchen, um progressive Allianzen zu schmieden. Denn paradoxerweise funktionieren Allianzen auf der Gegenseite sehr gut. Exemplarisch dafür ist vielleicht die rechtsextreme Vorstellung des „Großen Austausch“, die sich in den Manifesten der Attentäter von Halle, Christchurch oder Pittsburgh fand. Nach dieser Verschwörungserzählung seien westliche Länder mit einem durch den Feminismus beförderten Geburtenrückgang konfrontiert, Masseneinwanderung, vor allem von Muslim*innen, sei eine Antwort der Politik und das Ganze orchestriert von jüdischen Eliten. Hier zeigt sich einerseits der Unterschied zwischen Antisemitismus und Rassismus, andererseits aber auch das notwendige Zusammenspiel. Denn für die global erstarkenden rechten Bewegungen gehören Antisemitismus und Rassismus ganz integral zusammen. Sie sind Teil eines Weltbildes. In unserer Einleitung haben wir das „Intersektionalität von rechts“ genannt. Und ich glaube, wir müssen darum streiten, wie dem gegenüber eine Intersektionalität der Solidarität aussehen kann.

Dr. Sina Arnold ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin und Projektleiterin im Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Sie hat Ethnologie, Erziehungswissenschaft und Politikwissenschaft in Berlin und Manchester studiert. Zu ihren aktuellen Forschungsschwerpunkten gehören Antisemitismus in der Migrationsgesellschaft, Antisemitismus in den USA, Erinnerungspolitik sowie institutioneller Rassismus.

Meron Mendel, Saba-Nur Cheema und Sina Arnold (Hg.): Frenemies. Antisemitismus, Rassismus und ihre Kritiker*innen. Verbrecher Verlag: Berlin 2022.
